Klar sagen, was die Bauern wollen

Wir sprachen mit Karl Keplinger, Präsident des Unabhängigen Bauernverbandes (UBV) und Johann Großpötzl, Organisationsreferent des Vereins, darüber, wie die Bauern ihre politischen Ziele erreichen können.

Wochenblatt: Sie sagen, die Parteien in Österreich machen keine Politik für die Bauern. Warum?

Großpötzl: Weil die Parteien Wahlen gewinnen wollen. Wirklich relevant sind die drei Prozent Bauernstimmen da nicht mehr. Auch die bäuerlichen Abgeordneten müssen darum auf Parteilinie sein. Die einzige Möglichkeit gute Politik für die Bauern zu machen sind von der Parteipolitik unabhängige Bauernverbände. Denn wir brauchen eine Gewaltenteilung, auf der einen Seite die Regierung und Parteien, auf der anderen Seite Verbände und Kammern. Ein Parteivorfeldorganisation ist sicher dafür nicht geeignet.

Wochenblatt: Was ist so besonders am Unabhängigen Bauernverband?

Keplinger: Wir wollen mit allen Parteien zusammenarbeiten, aber wir sind für niemand der Laufbursche, wir laufen nur für die Bauern. Wir treten nur bei den Landwirtschaftskammerwahlen an, wir vertreten die Interessen der Bauern und Grundbesitzer.

Wochenblatt: Trotzdem bekommt der UBV bei den Kammerwahlen viel weniger Stimmen als die Parteivertreter. Warum?

Keplinger: Die Parteien bekommen Parteienförderung, wir nicht, und trotzdem sind wir bei den letzten Kammerwahlen in Oberösterreich Nummer 2 geworden. Zu den Wählern durchzudringen ist schwer und kostet Geld.

Großpötzl: Hinzu kommt das Kammerwahlrecht. Rund 140 000 Personen dürfen in Oberösterreich wählen, es gibt aber nur noch 38 000 Bauern. Die Masse der Wähler, die nichts mehr mit der Landwirtschaft zu tun hat, wählt eher ihre Partei, Sie leiden auch nicht unter schlechter Agrarpolitik. Ich bin mir sicher, dass wir in manchen Bezirken unter den aktiven Bauern schon die Mehrheit haben.

Wochenblatt: Der UBV wird also erst dann Mehrheiten haben, wenn sich das Kammerwahlrecht ändert? Gibt es da eine realistische Chance?

Großpötzl: Die Freiheitlichen und alle anderen Oppositionsparteien haben bereits Änderungen versprochen. Lange wird die Politik das nicht verschleppen können, dass Wahlrecht mit Arbeiter- und Wirtschaftskammer gleichzustellen.

Wochenblatt: Trotzdem hat der UBV bereits einiges erreicht. Was waren zwei ihrer größten Erfolge in den letzten Jahren?

Keplinger: Zuerst muss man sagen, dass man eine Mehrheit braucht, um etwas durchzusetzen. Der UBV hat in der Kammer von 35 Mandaten 5 Mandate in Oberösterreich. Ein Erfolg war die Kammerwahlrechtsreform 2008 in Oberösterreich. Es gibt heute in der Kammer viel mehr echte Diskussionen. Ein weiterer Erfolg war auch, dass das Jagdgesetz nicht wie vorgesehen zum Landesverwaltungsgericht kam, sondern wie bisher beim Zivilgericht bleibt. Dadurch ist gesichert, dass weiterhin unabhängige Gerichtssachverständige die Wildschäden feststellen können.

Großpötzl: Oft geht es uns auch so, dass wir einen Antrag in der Kammer stellen, der zunächst abgelehnt wird, nach einigen Monaten aber als Bauernbund-Antrag erneut kommt und dann bewilligt wird. Ein Beispiel ist der Pflegeregress.

Keplinger: Jene die es sich nicht richten konnten und ins Pflegeheim kamen mussten die Kosten selber bezahlen. Dabei wurde auch auf den Besitz zugegriffen, selbst wenn der Hof schon übergeben war. Der Bauernbund, FPÖ, SPÖ und Grüne Bauern waren in der Kammer dagegen, diese Regelung abzuschaffen. Aber im Nationalrat waren ÖVP, SPÖ, FPÖ und Grüne dafür. Dann erst haben auch die Parteibauern ihre Meinung geändert.

Wochenblatt: Schauen wir in die Zukunft. Was wollen Sie tun, damit die Bauern ein besseres Einkommen erwirtschaften können?

Keplinger: Bei den Handelsabkommen dürfen nicht immer die Bauern die Zeche zahlen. Hier findet eine Vermögensverschiebung von den Bauern zur Industrie und Handel statt. Wir brauchen dafür Ausgleichszahlungen ohne zusätzliche Auflagen. Beim Einheitswert gehören öffentliche Zahlungen und zusätzlicher Tierzuschlag wieder heraus. Steuerbegünstigter Agrardiesel ist notwendig um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Tierwohl gehört besser gefördert, was auch Wunsch der Konsumenten ist.

Wochenblatt: Jetzt hängt an den Einheitswerten vieles, unter anderem die Kammerumlage. Wie bekommt man eine Mehrheit dafür, dass die Kammer weniger Geld bekommt?

Keplinger: Kurz hat eine Steuerreform versprochen, bei der er 16 Milliarden Euro Nachlass geben will. Da müssen auch die Bauern dabei sein.

Großpötzl: Wichtig ist für uns auch, dass die gekoppelten Prämien – für Mutterkuh- und Milchkuhhaltung sowie für Schafe und Ziegen – wieder kommen. Derzeit bekommen die großen Flächenbetriebe mehr, die Tierhalter, die viel Arbeit haben, sind benachteiligt. Mit Hektarprämien, wie sie heute bezahlt werden, steigt nur der Pachtpreis.

Keplinger: Bei Leader-Projekten bleibt Geld übrig, das nicht abgerufen wird. Das sind Bauerngelder und sie müssen den Bauern zu Gute kommen.

Wochenblatt: Was halten Sie vom neuen Grünen Bericht, laut dem ja das Bauerneinkommen wieder etwas gestiegen sein soll?

Keplinger: Das sind doch aufrisierte Zahlen. Die Berechnungsgrundlage wurde geändert, in dem man die Kleineren Betriebe aus der Statistik herausgenommen und mehr Größere hinein gerechnet hat. Kein Wunder, dass da der Durchschnitt steigt. Die Bauern brauchen echte Einkommenssteigerungen.

Großpötzl: 2016 war eines der schlechtesten Jahre für die Bauern. Der Milchpreis ist bei uns langsamer angestiegen als in Norddeutschland. Und gerade da soll es für die Bauern wieder besser geworden sein?

Wochenblatt: Sie haben Vorschläge gemacht, wie das Bauerneinkommen durch staatliche Förderung gesteigert werden kann. Haben Sie auch Ideen, wie die Bauern mehr am Markt verdienen können?

Großpötzl: Sie müssen beweglicher werden. Es nützt nichts, ewig bei der gleichen Genossenschaft zu bleiben. Wir haben das mit unserer Milchlieferung nach Bayern ja ohnehin bewiesen.

Wochenblatt: Die Bauern der Freien Milch haben sich bewegt und sind wirtschaftlich damit gescheitert.

Großpötzl: Das war eine schlimme Geschichte. Wir haben sie Unterstützt nach besten Kräften.

Keplinger: Die letzten Bauern der Freien Milch mussten woanders Knebelverträge annehmen, dass sie in der Öffentlichkeit nichts gegen ihre Molkereien sagen dürfen. Sie erhalten für Biomilch teilweise weniger als andere Lieferanten für konventionelle, das ist doch eine Schande. Solange so etwas möglich ist, kann man von den Bauern nicht fordern, mehr Einkommen am Markt zu lukrieren.

Wochenblatt: Wie würden Sie den Unterschied bei der Molkereistruktur in Bayern beschreiben?

Großpötzl: Als wir 2001 begonnen haben nach Bayern zu liefern waren wir völlig überrascht. Dort ist alles offener. Die Liefergemeinschaften treffen sich und reden miteinander. In Österreich ist das ganz anders.

Wochenblatt: Die Agrarmärkte sind ja insgesamt volatiler geworden. Brauchen die Bauern dagegen neue politische Instrumente?

Großpötzl: Sicher, aber von einer Versicherung gegen Preisschwankungen halte ich nur etwas, wenn der Staat sie bezahlt.

Wochenblatt: Und was halten Sie

FOTO: SIMON MICHEL-BERGER

Wollen sich für die Interessen der Grundbesitzer einsetzen (v. l.): Johann Großpötzl, Organisationsreferent beim Unabhängigen Bauernverband und sein Präsident Karl Keplinger.

ÖR Johann Großpötzl

Der Milchbauer aus Sighartinger (Oberösterreich) hat derzeit gut 100 Kühe und rund 150 Stück Jungvieh. Seit 1981 setzt Großpötzl voll auf Schwarzbunte. Der Betrieb verfügt über 35 ha Eigen- und rund 70 ha Pachtfläche. Bewirtschaftet wird der bereits übergebene Betrieb vom Sohn, Großpötzl und seine Frau unterstützen ihnnach kräften. Im Unabhängigen Bauernverband ist der Landwirt seit 32 Jahren. **SMB**

„Wer sich für uns entscheidet, der hat seine Ruhe."

Karl Keplinger

Der Rinderhalter aus Helfenberg (Oberösterreich) führt einen Mutterkuh-/Stiermastbetrieb mit rund 160 Tieren und nimmt am Tierwohlprogramm "Strohhaltung" teil. Er bewirtschaftet 58 ha Fläche und 8 ha Wald. Präsident des UBV ist Keplinger seit 2011. Im September 2016 erhielt er die Auszeichnung Ökonomierat von Bundespräsidenten. **SMB**

vom freiwilligen Lieferverzicht bei der Milch, der gerade in Deutschland sehr heiß diskutiert wird?

Keplinger: Nicht viel – die Bauern müssen ja produzieren, auch in der Krise. Was sollen sie sonst tun? Ich denke, dass die Mutterkuhprämie eine wesentlich bessere Alternative ist. Die Prämie ist notwendig um die Erhaltungskosten der Kuh zu decken, und Einsteller sind im Ausland und Inland gefragt.

Wochenblatt: Für die GAP nach 2020 wird aber wegen dem Brexit voraussichtlich weniger Geld zur Verfügung stehen. Woher sollen die Mittel für neue Prämien kommen?

Keplinger: Wir brauchen eine Verwaltung- und Kontrollreform. Der agrarpolitische Sprecher der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament, Albert Dess, hat gesagt, dass sich mit so einer Reform in der EU rund 5 Milliarden Euro einsparen ließen und der Brexit ausgeglichen wäre. Man müsste dazu auch die Verwaltung in Österreich mehr als halbieren und die Kontrollhäufigkeit von 5 auf 2 Prozent zurückfahren. Außerdem sollen Bauerngelder wieder Bauern zu Gute kommen, nicht wie jetzt, wo über Leader-Programme auch Bibliotheken und Kunst finanziert werden.

Wochenblatt: Ist es denn realistisch zu sagen,man fährt die Kontrollhäufigkeit zurück?

Keplinger: Wir hören ja sogar aus der Verwaltung in Brüssel, dass all die zusätzlichen Vorgaben der Nationalstaaten nicht mehr umsetzbar sind. Wie genau man die Kontrollhäufigkeit senkt, müssen sich diejenigen überlegen die sie aufgebaut haben, letztendlich entscheidet das zuständige Regierungsmitglied. Und wenn es nicht gelingt den Vorschlag des EU-Abg.eordneter Albert Dess umzusetzen, dann sehe ich die Zukunft für viele Bauern gefährdet.

„Wir wollen mit allen Parteien zusammenarbeiten, aber wir sind für niemand der Laufbursche."

Wochenblatt: Kommen wir zum Ende. Was raten Sie den Bauern, die überlegen, den UBV zu unterstützen?

Großpötzl: Ihr braucht keine Angst zu haben. Ich bin vor 32 Jahren aus dem Bauernbund ausgestiegen und habe nie Nachteile gehabt. Wer wackelt, der kann Nachteile bekommen. Aber wer sich für uns entscheidet, der hat seine Ruhe.

Keplinger: Wir hören oft von Bauern die Probleme haben, wir sollen es richten, und dann machen sie wieder bei den anderen weiter. Das bringt nichts. Ich garantiere, wenn der UBV in der Landwirtschaftskammer eine Mehrheit hat, dann wird es kein Mobbing mehr geben, z.B. wegen Parteizugehörigkeit, Molkereiwechsel oder sonstigem wird Schluss sein. Je mehr Bauern sich zu uns bekennen und uns unterstützen, desto eher schaffen wir das.

Großpötzl: Die Bauern müssen lernen, klipp und klar zu sagen was sie wollen. Nur dann können sie auch ihre Ziele erreichen.

Interview: Simon Michel-Berger